

Hamburger Initiative: Gerechtere und solidarischere Pflegeversicherung

Gute Pflege braucht eine solide Finanzierung. Künftige Kostensteigerungen in der Pflege sollen deshalb nicht von den Pflegebedürftigen getragen werden. Mit einer Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung fordert Hamburg die Bundesregierung auf, eine grundlegende Kurskorrektur bei der Finanzierung der Pflegeversicherung vorzunehmen.

Um Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu entlasten, sollen der Eigenanteil eingefroren werden, künftige Kostensteigerungen solidarisch finanziert werden und auch die Pflegeversicherung einen Bundeszuschuss aus Steuermitteln erhalten.

FOLGENDES SIEHT HAMBURGS BUNDESRATSINITIATIVE VOR:

- Künftig werden die Eigenanteile der Pflegebedürftigen gedeckelt anstatt wie bisher die Leistungen der Versicherung.
- Alle darüberhinausgehenden Kosten trägt künftig die Pflegeversicherung.
- Die Kosten der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeheimen (2,3 Milliarden Euro jährlich) sollen künftig von der Kranken- und nicht mehr von der Pflegeversicherung bezahlt werden. Das reduziert die Eigenanteile zusätzlich.
- Ein Steuerzuschuss von zunächst mindestens 1,5 Milliarden Euro soll dafür sorgen, dass der Beitrag zur Pflegeversicherung nicht erhöht werden muss.